

VORAN!

zur sozialistischen demokratie

Jahrgang II.
Nr 6

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT

SPD muß gegen Kapital handeln!

50 Pf

Nein zu Sparmaßnahmen und Maßhalteparolen

Bis zum Winteranfang ist es soweit: Eine höhere Arbeitslosenzahl als in der Wirtschaftskrise 1966/67. Dies bedeutet für Hunderttausende von Arbeiterfamilien eine beträchtliche Schmälerung des Familieneinkommens und die zersetzende und demoralisierende Wirkung von ausgedehnter Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus blicken weitere Millionen von Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit Sorge dem kommenden Winter entgegen.

Überstunden? - "Ein Märchen aus besseren Zeiten" (so die Frankfurter Rundschau 23.7.74) - zumindest für 55 000 Opel-Arbeiter; 2 550 Arbeiter verließen mit einer Pauschalabfindung das Werk schon Anfang August.

Bei Ford mußte man schon fünfmal kurzarbeiten. Insgesamt sank 1974 die Produktion in der Autoindustrie um 20%. In vielen anderen Industriebranchen geht es ähnlich.

- o in der Elektroindustrie lag der Aufschlagseingangspreis um rund 5,6% unter den Vergleichswerten des Vorjahres.



- o im Maschinenbausektor etwa läßt sich ebenfalls ein Bestimmungsschwund von 20 Prozent im zweiten Quartal verzeichnen.
- o 30% weniger Baumaschinen wurden im Inland bestellt - insgesamt "hofft man" auf einen Produktionsrückgang von "nur" 15 bis 20%.

Wer die eigenen Probleme in seinem Industriezweig heute ernsthaft lösen will, stößt unweigerlich auf die Probleme der gesamten Wirtschaft. Der Wirtschaftsrückgang wird aber nicht gleichmäßig von allen Bevölkerungsschichten getragen.

ZYNISMUS DER MILLIONÄRE

Einen klaren Einblick in das wirkliche Leben der Reichen in der BRD bot der Zusammenbruch der Herstattbank. Nachdem die Stadt Köln sowie zahlreiche kleine Sparer und karitative Verbände Millionenbeträge über Nacht verloren hatten, erzählte Frau Gerling dem Kölner Stadtanzeiger, ihre Familie würde schon nicht verhungern, denn sie wüßte noch, wie man eine gute Kartoffelsuppe kocht. Ihr Mann bot die Hälfte seines Privatvermögens von über DM 400 Millionen als Entschädigung für die Herstatt-Gläubiger an und zog sich auf seine Millionenvilla zurück.

Zynismus und Hohn aus dem Munde des Millionärs; kein Sommerurlaub für Hunderte Kölner Kinder. Soll das das Gesicht unserer versprochenen "sozialen Demokratie" sein?

Wehe dem Arbeiter, der die Miete oder Stromrechnung nicht rechtzeitig und voll zahlt.

WIRTSCHAFTLICHES CHAOS, SINKENDER LEBENSSTANDARD

Auf europäischer Ebene stehen die "Strategen" und "Sachverständigen" unserer Wirtschaftsordnung ratlos vor der Krise.

Im Jahreswirtschaftsbericht der EG-Kommission in Brüssel liest man, daß "die Beeinträchtigung des erreichten Lebensstandards in der EG absehbar" sei.

"In den EG-Staaten mit großen Zahlungsbilanzdefiziten" müsse jetzt "eine Pause im Wirtschaftswachstum eintreten".

Das für 1974 vorausgesagte EG-Defizit von \$ 20 Milliarden könnte sich "geringfügig verbessern, sofern die Erdöl-

und Rohstoffpreise nicht weitersteigen und keine neuen Importhindernisse in anderen Ländern den EG-Export behindern".

**BRD-KEINE INSEL,
DIE VERSCHONT BLEIBT!**

Auch die Wirtschaft der BRD, die von allen EG-Staaten den größten, fast den einzigen, Exportüberschuß in diesem Jahr zu verzeichnen hatte, bleibt von den Schwankungen im internationalen System abhängig.

Aber das ganze Wachstum 1974 in der BRD stammt fast ausschließlich von der Ausfuhr.

Ein Regierungssprecher erklärte gegenüber der US-nachrichtenzeitschrift TIME (7.10.74):

"Wenn Exporte in dem gleichen Maße zurückgegangen wären, wie die Nachfrage auf dem Binnenmarkt, säßen wir jetzt alle in der Patsche." Dazu kommentierte TIME: "Ein solcher Rückgang (im Exportbereich, d.Red.) ist möglich falls die Ölpreise wieder steigen. Dann hätte Schmidt keinen Weg, einen solchen Ertragsschwund woanders auszugleichen".

- o Maschinenwerkzeuge sind beispielsweise zu 58 %
- o Autos zu 60 %
- o Eisen und stahl zu rund 30 %

exportabhängig.

In den USA steht Präsident Ford unter dem starken Druck, die Importe aufgrund von Rekorddefiziten im Außenhandel (\$ 1,1 Mrd. im August alleine) zu drosseln.

In Westeuropa haben Italien und Großbritannien besonders katastrophale Defizite. Diese beiden Länder zählen zu den wichtigsten Kunden der westdeutschen Kapitalisten.

Die Krise dieser Länder wird sich also unweigerlich und drastisch auf den bisher scheinbar soliden BRD-Überschuß auswirken.

GIBT ES EINE ÖLKRISE ?

In der Zeit von Oktober 1971 bis Oktober 1974 stieg der Ölpreis von \$ 2,28 pro Barrel auf \$ 11,65 an. Dies blieb natürlich nicht ohne eine gewisse Auswirkung auf die Kosten von mehreren Fertigprodukten und Dienstleistungszweigen.

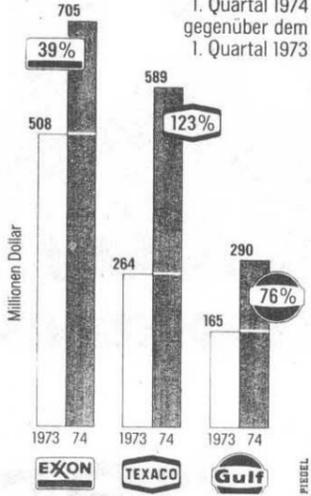
DER SKANDAL DER PREIS-TREIBEREI MEHRERER GROSSKONZERNE !

Aber auch höhere Rohölpreise können in den meisten Branchen nur zu einer geringfügigen Preissteigerung führen, da er nur einen Bruchteil der Unkosten ausmacht.

Daß die Ölkrise einigen Großkonzernen nicht so sehr zur Last fällt, wie dem Arbeiter, der 80 Pfennig für seinen Liter Normalbenzin bezahlen muß, seine Heizölkosten im kommenden Winter um 10 bis 20 Prozent klettern sehen muß, beweisen folgende Fakten :

DIE KRISEN-GEWINNLER

Gewinne von US-Erdöl-Konzernen im 1. Quartal 1974 gegenüber dem 1. Quartal 1973

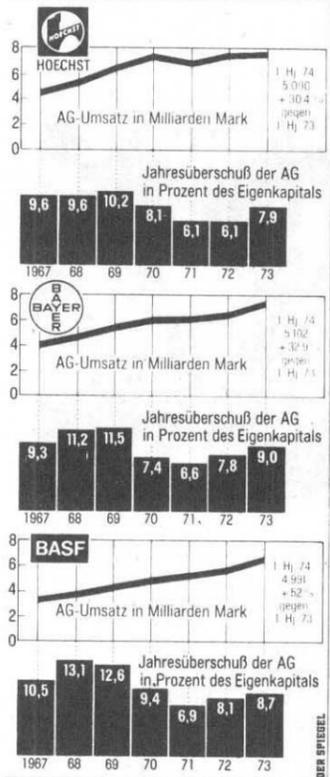


Die skandalöse Heuchelei der meisten Großkonzerne liegt darin, daß sie den Unkostenpreisanstieg vervierfacht oder mehr an die Kunden weitergeben, dabei ihre eigenen Gewinne zum Himmel wachsen lassen. Konkret : Die Gewinne von Exxon stiegen im ersten Quartal 1974 um 39 Prozent gegenüber 1973, Texaco um 123 % !!

Die westdeutsche Großchemie, die uns neuerdings einen Groschen für die Plastiktüten abverlangt, kassierte ebenfalls stolze Gewinne im ersten Halbjahr 1974.

GOLD AUS DER RETORTE

Gewinn-Situation in Westdeutschlands Großchemie



Die Ölkrise wird also zum Vorwand gesteigerter Ausbeutung des Verbrauchers. Die Reaktion der westeuropäischen Kapitalistenklassen war ein Versuch, den Ölverbrauch im Lande zu senken, um die Zahlungsbilanz zu schonen. Senkung des Ölverbrauchs: Niederlande 12 % B R D 9 %

Trotz Drosselung stiegen die in den EG-Ländern im Schnitt um 13 % an. Öl ist also genug da, nur wollen die Unternehmer ihre Unkosten nicht ansteigen lassen, aus Angst davor, daß ihr Marktanteil dadurch verloren geht. Neben der "Ölkrise" gibt es auch eine "Papierkrise" und sogar eine "Zuckerkrise". Diese durch verschiedenartige Gründe verursachten Knappheiten dienen zur Tarnung der echten "Krise" - die des Kapitalismus selbst.

Alle paar Jahre - zu Marx's Zeiten waren es alle zehn, nach 1918 alle sieben, nach 1945 im Schnitt alle drei bis 4 Jahre, stockt das Wachstum, die Überkapazität und die aufgestockten Läger müssen vernichtet werden, bis die Unternehmer wieder "das notwendige Vertrauen" auf ihr System aufbringen können. Was wir 1974 erleben, wie 1971, 1966/67, 1963, 1957, ist eine "normale" Konjunkturkrise des Systems, die nur dann zu Ende sein wird, wenn die Überkapazität aufgenommen und die "Lohnkosten" wieder gesenkt worden sind.

1974/75 läuft die Rezession parallel zu 1966 und 1967 ab, mit dem Unterschied, daß die Maßhalteparolen von Erhard dieses Mal aus dem Munde der Führung unserer Partei und der sozialliberalen Koalition kommen und das Ganze mit scheinwissenschaftlichen Schreckensgeschichten einer vergifteten Zukunft eine "geschichtliche" Rechtfertigung erhalten soll.

Als Marxisten sind wir nicht gegen wirkliche, der Arbeiterklasse nützende Reformen - wir sind gegen die wirklichkeitsferne Idee des Reformismus, daß wir eine permanent blühende kapitalistische Wirtschaft hätten und auf dieser Grundlage Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse durch Sozialreformen erreichbar sei. Unsere Parole in einer internationalen Phase der Konterreformen lautet: "DAS SPD-REFORMPROGRAMM VERWIRKLICHEN -- DURCH VERSTAATLICHUNG DER 100 GROSSKONZERNE !"

Was noch vor wenigen Jahren nur einer kleinen Schicht einleuchtete, wird jetzt in der Krise einem breiten Publikum klar: Die wahren Utopisten sind diejenigen, die die Kapitalisten beibehalten wollen und gleichzeitig Reformen einführen wollen. Sie müssen sich jetzt dem Druck einer verschwinden kleinen Bevölkerungsschicht beugen und Reformvorhaben fallenlassen.

Der Genosse Willy Brandt hat für diese Situation seine Perspektive ausgearbeitet :

"Verzicht auf Reformen bedeutet eben nicht sozialen Frieden, sondern Rückschritt, wachsende Spannung und Radikalisierung. Wer die Reformen nicht will, wird - ob er das wünscht oder nicht - in gefährlicher Rückentwicklung enden".



Proletarier aller Parteien vereinigt euch!

STEUERREFORM ALS VORWAND

Die Reaktion der SPD-Führung auf diese immer bedrohlicher werdende Krise beschränkte sich bisher lediglich auf altbekannte Maßhalteparolen und Sparmaßnahmen, um "die Inflation zu dämpfen".

In Wirklichkeit aber senkt diese Politik die Kaufkraft und den Lebensstandard der Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Ein Bericht der Bundesbank stellte im September fest, daß die Effektivverdienste in der Autoindustrie im Juli nur um rund 6,5 Prozent anstiegen, während die Tarifverdienste im gleichen Zeitraum um rund 12 Prozent anstiegen.

Bei anhaltender Inflation, steigenden Mieten, Benzin- und Heizölpreisen also kann die IG Metall- oder DAG-Forderung nach 14 % Lohn- oder Gehaltserhöhung nur gerecht erscheinen.

Die Minister Fride-richs und Apel dagegen zaubern mit "Prognosen" und "Orientierungsdaten", um den Arbeitnehmern weiszumachen, sie sollen nicht mehr als 9,5 Prozent Lohnsteigerung verlangen, sonst drohe eine Arbeitslosenquote von 3 %.

Die berühmte Steuerreform dient den Sozialdemokraten Schmidt und Apel als Ausrede, um die kommende Tarifrunde zugunsten der Unternehmertaschen zu beeinflussen.

So Apel am 18.9.74 im Bundestag: "In der Finanzpolitik ist die Phase des immer mehr, des immer besser und des immer größer für absehbare Zeit vorbei...."

Apel ließ keinen Zweifel daran, daß für weitere Aufgaben keinerlei stille Reserven im Haushalt enthalten seien. Jeder weitere Versuch von Interessengruppen, zusätzliche Ansprüche durchzusetzen, werde auf seine entschiedene Ablehnung stoßen. "Wer solche Versuche unternimmt, der muß wissen, daß er mit der finanziellen Stabilität und Solidität dieses Landes spielt", warnte Apel

WO STEHT DIE SPD-FÜHRUNG ?

Für Hans Apel scheint die Gewerkschaftsbewegung nur noch eine weitere "Interessengruppe" geworden zu sein - gleichzusetzen mit etwa dem Arbeitgeberverband ? Von dieser Seite droht jedoch keine Gefahr: Ernst Gerhard Erdmann, Sprecher der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände war mit Friderichs und Apel einer Meinung: Die Lohnabschlüsse sollten bei den kommenden Tarifrunden innerhalb "einer gewissen Bandbreite" deutlich unter 10 % liegen.. (Frankf. Rundschau 11.9.1974)

FÜR DIE VOLLE FORDERUNG!

In den laufenden Tarifrunden stehen also Gewerkschaften auf der einen, Arbeitgeber, Bundesbank, Bundesregierung, FDP und SPD-Führung auf der anderen Seite.

IG Metall

Mitgliederzuwachs

Die in 1968 bis 1970 festgestellte Mitgliederaufwärtsentwicklung setzte sich auch 1971 bis 1973 fort. In den einzelnen Jahren sehen die Ergebnisse so aus:

1970 = 2 223 467 Mitglieder
1971 = 2 312 294 Mitglieder
1972 = 2 354 975 Mitglieder
1973 = 2 460 697 Mitglieder

Die Steigerung betrug über zehn Prozent und führte zu einem neuen Mitgliederrekord.

Als Antwort darauf treten jetzt Tausende von Arbeitern der IG Metall und anderen Gewerkschaften bei. Jeder Sozialdemokrat muß sich in diesem Konflikt verpflichtet fühlen, den Gewerkschaftskollegen beizustehen. Die Erfahrung der letzten Tarifrunden beweist auch die Notwendigkeit, die Gewerkschaftsführung selbst unter Druck zu setzen, damit sie am Verhandlungstisch von der vollen Forderung nicht heruntergeht.

LOHNKAMPF BRAUCHT SOZIALISTISCHE PERSPEKTIVE

Das Verhalten der Gewerkschaftsführung in dieser Konfliktsituation ist aber letzten Endes auch von ihrer politischen Einstellung abhängig. -

Heinz Oskar Vetter hat in in manchen Reden die kapitalistische Wirtschaft - schaftsführung der BRD angeprangert. So z.B. in der "Gewerkschaftspost", Zeitung der IG Chemie:

Manch einem mag das Verlangen nach mehr Planung und nach Investitionslenkung wie eine Sünde wider die Marktwirtschaft erscheinen. Aber es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, als Gesundheitswächter einer Marktwirtschaft aufzutreten, die sich selbst angesichts der Konzentration in weiten Bereichen infrage stellt. Wenn es zum unveränderlichen Wesen der Marktwirtschaft gehören soll, daß innerhalb weniger Monate das Extrem Überkapazitäten vom anderen Extrem Unterkapazitäten mit all seinen negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmer abgelöst wird, dann können wir das nicht einfach hinnehmen.

Das ist auch unsere Meinung. Aber die Methode des Kollegen Vetter, die herrschenden Arbeitsbedingungen zu verändern, führt über Mitbestimmung zu nichts.

Sich selbst muß der Kollege Vetter widersprechen, wenn er am 4.9.74 vor dem Kongreß der Gewerkschaft NGG in Wolfsburg erklärt:

Die Konzentration ist nach Veters Ansicht auch die echte Ursache wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, denen mit den herkömmlichen Mitteln der Stabilitätspolitik nicht mehr beizukommen sei. Unter Hinweis auf die Entwicklung in der Automobilindustrie erklärte der DGB-Vorsitzende, hier habe die unkontrollierte Investitionspolitik großer Konzerne zur Existenzgefährdung für Tausende von Arbeitnehmern geführt. Dies könne nicht mehr als sinnvolles Gesetz der marktwirtschaftlichen Ordnung "verklärt" werden. Hier herrsche nicht Ordnung, sondern Chaos. Dabei sei einzelnen Unternehmensvorständen nur bedingt ein Vorwurf zu machen, weil sie für sich allein kaum anders hätten handeln können, als ständig die Kapazität zu erweitern.

In Wirtschaftsbereichen mit weit fortgeschrittener Konzentration habe sich die Notwendigkeit gezeigt, daß die Investitionsentscheidungen der Unternehmen miteinander abgestimmt und öffentlich kontrolliert würden.

PARITÄTISCHE MITBESTIMMUNG : EINE LÖSUNG ?

Diese Analyse des Kollegen Vetter stimmt haargenau. Wie kann aber daraus folgern, daß durch verstärkte Arbeitnehmerpräsenz im Aufsichtsrat, durch paritätische Mitbestimmung die Lage anders werden könne ?

Was die bundesrepublikanische Wirtschaft (und nicht nur die) jetzt braucht, ist die Aufhebung des privaten Großbetriebs in der Wirtschaft - der 100 Großkonzerne und der Banken - um dieses herrschende Chaos zu beseitigen.

Investitionsentscheidungen im Interesse des Arbeitnehmers führen unweigerlich entweder zur Konkurrenzunfähigkeit oder zu jugoslawischen Zuständen, wo die Arbeiter des einen Betriebes durch Leistungszwang auf die des Nachbarbetriebes aufgehetzt werden.

Erst durch volle Mitbestimmung ab der Basis über eine demokratisch gewählte Arbeitnehmervertretung und eine zentrale Koordinierung durch den Staat wird es möglich sein, die notwendigen Investitionen und das größtmögliche Wachstum zu planen und flexibel zu verwalten.

MACHT DAS DGB - GRUNDSATZPROGRAMM ZUM SPD - PROGRAMM !!

Der Kollege Detlev Hensche - Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Vorstand - wies am Juli auf einem "Europa-Gespräch" in Recklinghausen darauf hin, daß der DGB in seinem Grundsatzprogramm die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen hat.

... dazu: Die Frage nach der Mitbestimmung kann nicht losgelöst betrachtet werden von der Eigentumsfrage. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seinem Grundsatzprogramm die Forderungen nach Sozialisierung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen. Auch fast alle anderen europäischen Gewerkschaften haben diese Forderung, und sie wird auch wahrscheinlich wiederkehren in Grundsatzbeschlüssen, vielleicht sogar auch in einem Aktionsprogramm des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Solange aber beispielsweise in der Bundesrepublik das Thema der Sozialisierung von den politischen Parteien nicht aufgegriffen wird, solange wird es nicht aktueller Bestandteil eines gewerkschaftlichen Programms sein. Ich habe das Bei-

Frankfurter Rundschau 16.7.74

Richtig hat der Kollege Hensche die Lage erkannt, wenn er schildert, wie weit diese Forderung auf europäischer Ebene verbreitet ist.

Um die Vergesellschaftung der Großkonzerne aber in die Tat umzusetzen, müssen Hunderttausende aktiver Gewerkschaftler als ersten Schritt in die einzige politische Massenpartei der Linken eintreten, um dort die bereits vorhandene Parteimitgliedschaft für diese Forderung zu gewinnen.

Damit kann erreicht werden, daß in der SPD eine sozialistische Einstellung zum Durchbruch kommt und die radikalisierte Bevölkerung ihrer Partei eine absolute Parlamentsmehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms verschafft, so daß die rechte SPD-Führung gezwungen wird, das Alibi FDP aufzugeben und zwischen dem Interesse der breiten Schichten von Arbeitern und Angestellten und dem einer Handvoll von Kapitalisten, Bankiers und Spekulanten eindeutig Stellung beziehen müßte.

Wenn dies gelingt - auch gegen den Widerstand rechter Karrieristen in unserer Partei - dann beginnt der ernsthaftige Kampf um die Abschaffung des Kapitalismus und die Erringung politischer Macht durch die organisierte Arbeiterklasse.

Dies wird bestimmt kein einfaches Weg sein. Aber es gibt keinen anderen...

Arbeitslosigkeit und Folgen

AUS DER LIBERALEN BUNDESDEUTSCHEN PRESSE

Schwer haben es alleinstehende und obendrein ältere Frauen wie die Düsseldorferin Resi Kahlert, 51, die seit dem Tode ihres Mannes, 1957, zwei Kinder durchbringen muß, die „beide noch in der Ausbildung“ sind. Wegen Schwäche mußte die Frau ihre Arbeit als Phonotypistin aufgeben; seither sucht sie vergebens („Wenn ich mein Alter sage, ist's meistens schon aus“) eine Arbeit als Bürohilfe. „wo Schreibmaschine nicht verlangt wird“. Statt ihres Typistinnen-Lohns von 1300 Mark netto bekommt sie nun 790 Mark: Bei einer Miete von 450 Mark, so Resi Kahlert, „heißt das natürlich am Essen sparen“.

wie Hannelore Uhde, 32, die mit vier Kindern nahe Stuttgart lebt, getrennt von ihrem Mann („Der säuft und hurt im Bayrischen rum“). Als Näherin in einem Wäschewerk war sie, mit Überstunden, auf 1350 Mark brutto gekommen. Nun, seit ihrer Entlassung vor drei Monaten, lebt sie von knapp 800 Mark Unterstützung: „Halt gerade unterhalb der Existenzgrenze.“ Und wenn sie nicht fünf Mark pro Stunde als Putzfrau dazuerdienen würde, „könnt' ich mich und meine Kinder gleich umbringen“.

„Das beste Mittel zur Disziplinierung des Arbeitnehmers.“

„Manche Unternehmer“, sagt IG-Metall-Chef Eugen Loderer, „erblicken auch heute in einer industriellen Reservearmee das beste Mittel zur Disziplinierung der Arbeitnehmer.“ Die Gewerkschaften setzen sich denn auch dafür ein, daß Arbeitslosigkeit nicht nur vergütet, sondern auch, mehr als bislang, verhütet wird. An Möglichkeiten dazu fehlt es nicht.

Bei einem Monatseinkommen von brutto 1500 Mark bezieht der anspruchsberechtigte Arbeitslose pro Woche mindestens 151,20 Mark netto - unabhängig von dem, was er auf der „hohen Kante“ hat. Die Summe kann sich noch um die üblichen Familienzuschläge erhöhen (derzeit pro Person wöchentlich zwölf Mark). Die höchste Bemessungsgrenze für Leistungen der Bundesanstalt sind 2500 Mark Monatseinkommen. Wer mit diesem Lohn oder Gehalt entlassen wird, hat Anspruch auf wöchentliche Leistungen von mindestens 228,60 Mark plus Familienzuschläge.



PORTUGAL:



ERSTER WARNSCHUSS FIEL

REAKTION VORLÄUFIG ZURÜCKGEDRÄNGT

In den frühen Morgenstunden des 29. September 1974 errichteten Basismitglieder der portugiesischen KP und SP, Arbeiter in den Städten und Bauern auf dem Lande, Straßensperren und kontrollierten alle in Richtung Lissabon fahrenden Fahrzeuge.

Dies war die Antwort der Basis auf den Versuch der reaktionären Kräfte, mit Hilfe einer Kundgebung der sogenannten "Schweigenden Mehrheit" (in Wirklichkeit eine verschwinden kleine faschistische Minderheit), eine Sammelbewegung der antisozialistischen Kräfte zu organisieren.

Was die Rechte mit der Kundgebung erreichen wollte, war lediglich, die verstreuten und geschlagenen Faschisten und Konservativen zusammenzubringen, um eine politische Bewegung zur Teilnahme an den Parlamentswahlen im Frühjahr 1974 zu organisieren.

Die Arbeiter, Soldaten und Bauern aber haben mit konsequenter Härte diesen Versuch zurückgedrängt. Im Gegensatz zu der chilenischen Entwicklung, wo öffentliche Demonstrationen der Mittelschicht stattfinden konnten, wo Attentate auf Gewerkschaftsführer und sogar lokale Aufstände der Großgrundbesitzer unbestraft stattfinden konnten, bleibt die portugiesische Bevölkerung jeder Aktivität der Rechten gegenüber in hohem Maße wachsam. Deren erster ernsthafter Versuch ist mit der Macht der organisierten Arbeiterklasse zurückgeschlagen worden.



Spinola, den die KP und SP seit April als konsequenten Demokraten feierten und seine finstere Vergangenheit und feindliche Klasseninteressen zynisch durch "Einheitsparolen" verschleierte, entlarvte sich als kapitalismustreuer General, der die Demokratie lediglich als einen günstigen politischen Rahmen für die Ausbeutung betrachtet.

In VORAN! 4/5 sagten wir bereits: "...In den nächsten Monaten werden die Militärspitzen, die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer verzweifelt versuchen, eine "Partei der Mitte" aufzubauen.....
...Sehr vieles in Portugal erinnert an die chilenische Entwicklung. Aber in Portugal können die Rechten noch nicht zuschlagen.....

...Ein Gegenschlag ist im Moment ausgeschlossen, weil die Kapitalistenklasse die Stimmung in der Bevölkerung nur allzu gut sehen kann....."

Spinola versuchte, den Ministerpräsidenten Goncalves und Brigadegeneral Otello Carvalho am 28.9. im Belem-Palast verhaften zu lassen, der Versuch schlug aber fehl.

Die MFA-treue Copcon (Kontinentales Operationskommando) umzingelte den Palast und befreite die beiden KP-nahen Politiker.

Die Ursache, warum dieses für Spinola dann nicht zu einem Zeichen für den Aufstand wurde, liegt einfach darin, daß die Rechte über keine nennenswerten bewaffneten Kräfte verfügt. Diese einfache Tatsache bedeutet, daß einer sozialistischen Politik mit einer konsequenten sozialistischen Politik kein bewaffneter Widerstand entgegensteht,

Die Politik der provisorischen Regierung aber besteht darin, die Bewegung der Arbeiterklasse zu dämpfen und zurückzuhalten.

Die Kommunistische Partei Portugals nennt sich "leninistisch". Im Gegensatz zu Lenins Einstellung zur provisorischen Regierung nach der Februarrevolution 1917, wo er eine Teilnahme an einer Koalition mit Vertretern der Kapitalistenklasse prinzipiell ablehnte und einen langen Kampf um die Macht eröffnete, beteiligten sich KP- und SP-Führer an einem ungewählten Kabinett mit der PPD (Demokratische Volkspartei). Die PPD dient als Transmissionsriemen für die Interessen der Kapitalistenklasse im Kabinett.

Daß die KP/SP-Führung jetzt eindeutig eine Politik gegen die Arbeiterbewegung macht, läßt sich aus einer Reihe von Maßnahmen ablesen.

Ein Gesetz vom 28.8.74 soll Kampfmaßnahmen der neuen Gewerkschaften regulieren.

o "Politische Streiks" werden verboten. Man denke an die Streiks der Fabrikkomitees in Santiago zur Unterstützung der UP-Regierung Allendes gegen den Putschversuch im Sommer 1973 - die wären in Portugal jetzt illegal. Geldstrafen bis zu 20 000 DM und 6 Monate Freiheitsstrafen können für einen Verstoß verhängt werden.

o Die Feuerwehr, die Polizei und Wehrpflichtige dürfen unter dem Gesetz nicht streiken..... Sollen sie den Befehlen von reaktionären Beamten, Offizieren und Vorgesetzten folgen?

o Die Arbeiter dürfen keine Betriebsbesetzungen durchführen -- auch nicht, wenn ausländische Kapitalisten versuchen, eine Demontage durchzuführen, um wirtschaftliche Sabotage gegen die Regierung zu betreiben!

o Inoffizielle Streiks dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn die Gewerkschaft weniger als die Hälfte der Belegschaft vertritt -- und was passiert dann, wenn die Gewerkschaftsführung die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht unterstützt?

o Kein Streik ohne eine Verhandlungszeit von 30 Tagen darf stattfinden.

o Notstandsmaßnahmen können von der Regierung während eines Streiks ergriffen werden: einschließlich dem Einzug der streikenden in die Armee (die Taktik Indira Gandhis während des Generalstreiks in Indien).

Gegen dieses skandalöse Antistreikgesetz sagen die KP und SP kein Wort. Auch in der BRD liest man in der DKP-Presse keine Kritik daran.

Die Position der SP in Portugal ist nicht besser. Das Interview mit dem Genossen Neves zeigt eindeutig, daß die provisorische Regierung in Wirklichkeit keine Macht hat, sondern "die Armee".. Wenn er gefragt wird, woher er wisse, daß Parlamentswahlen stattfinden werden, antwortet er: "Ich hoffe es".

Seine politischen wie seine wirtschaftlichen Konzeptionen sind ein beider Beweis für die hoffnungslose Verwirrtheit des Reformismus.

Die Macht im Lande hat die Junta der MFA. Sie - nicht die provisorische Regierung - verordnete das Verbot der maoistischen Zeitung luta operaia, die Verhaftung ihres Redakteurs. Gegen diese Maßnahmen protestierten vergeblich die SP-Führer einschließlich Außenminister Mario Soares! Eine Regierung also ohne die Macht im Lande.

Der Kampf um die politische Macht ist nicht gewonnen. Wie Engels schon im letzten Jahrhundert einsah, besteht der Staat letzten Endes aus "besonderen Formationen bewaffneter Menschen".

Im Augenblick erfüllt die Offizierschicht der MFA zugleich eine fördernde und bremsende Funktion.

Es besteht keine Garantie dafür, daß diese Offiziere die Interessen der Arbeiterbewegung erfüllen werden. Die MFA-Politik ist Ausdruck dafür, daß die Soldaten die verzweifelte Afrikapolitik des Caetano-Regimes nicht länger hinnehmen wollten und daß der einzige Weg um dieser Politik ein Ende zu bereiten darin bestand, das Regime selbst zu stürzen. Sie wissen, daß die Massen eine Demokratie verlangen. Über den Inhalt dieser Demokratie herrscht allerdings Schweigen.

» Armee auf der Seite von Volk und Demokratie « sagt SPP

Die Arbeiterbewegung braucht aber die handfeste Sicherheit, daß die Reaktion endgültig geschlagen werden kann. Hier kann man aus Chile lernen. Die vielgepriesene und vielgerühmte demokratische Armee Chiles, die doch den Befehlen der Generäle folgte, lehrt uns, in der Armee Soldatenkomitees aufzubauen und konsequent politische Propaganda an der Basis zu betreiben. Dieses findet in Portugal nicht statt.

Der erste Warnschuß ist gefallen: In Chile wurden die Warnungen ignoriert. Jeder weiß, wie das "sozialistische Experiment" ausging. *

"VORAN !" sprach in Lissabon mit dem portugiesischen Jungsozialisten und Hauptorganisator der Sozialistischen Partei Portugals, dem Genossen Neves.

VORAN: Wie schätzt Ihr den 25. April ein ?

Neves: Wir glauben, daß die bewaffneten Streitkräfte mit General Spínola an der Spitze im Geiste der Demokratie gehandelt haben und unterstützen die Bewegung der bewaffneten Streitkräfte vorbehaltlos.

VORAN: Wer hat die Macht im Lande?

Neves: Die Armee.

VORAN: Glaubst Du nicht, daß es dann in Portugal zu einer gleichen Entwicklung kommen wird wie in Chile ?

Neves: Absolut nicht. Die Lage in Portugal ist gänzlich verschieden von der in Chile. Die Armee steht auf der Seite des Volkes und der Demokratie. Sie hat den ersten Schritt zur Demokratisierung unternommen und die Kolonien unabhängig gemacht.

VORAN: Wann wird es Parlamentswahlen geben ?

Neves: Binnen zwölf Monaten.

VORAN: Woher weißt Du das ?

Neves: Ich hoffe es.

VORAN: Was für eine konkrete Politik bietet die Führung der Sozialistischen Partei den Arbeitern und Bauern an ?

Neves: Auf dem landwirtschaftlichen Sektor befürworten wir eine Verstaatlichung des Großgrundbesitzes und die Einführung eines Kooperativsystems. Wir wollen nicht grundsätzlich die Großindustrie verstaatlichen. Wir wollen Privatunternehmen und die Zustimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer.

VORAN: Wollt Ihr also die aktuellen und akuten Probleme, vor allem die Inflation, auf kapitalistischer Grundlage lösen? Wir glauben, daß die Voraussetzung für eine echte Lösung in der Verstaatlichung der Großindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle besteht.

Neves: Wir erwägen die Frage der Verstaatlichung der Banken. Als Maßnahmen gegen die Inflation hat unsere Regierung vorübergehend die Preise für Mieten und Grundnahrungsmittel eingefroren. Ein Höchstlohn muß eingeführt werden.

VORAN: Wie stehst Du zu den zahlreichen Streiks, die doch ganz klar die Stimmung und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse ausdrücken und wie reagiert die Führung der Arbeiterparteien darauf ?

Neves: Wir, die Linksfront aus SP und KP, glauben, daß sämtliche Streiks von den Kapitalisten initiiert und organisiert wurden, die ja nur das Chaos im Lande wollen.

Die Arbeiter fordern 10 000 Escudos Monatslohn (1000 DM, d. Red.). Selbst wenn wir einen durchschnittlichen Lohn von 5 000 Escudos hätten, würde dadurch rein rechnerisch das ganze Bruttosozialprodukt übertroffen werden.

VORAN: Kurz gesagt, die Rolle der Führung von KP und SP besteht darin, die Forderungen der Arbeiter abzuwehren und zur "Mäßigung" aufzurufen.

Neves: Ja genau. Wir stellen uns gegen alle übertriebenen Forderungen.

VORAN: Um noch einmal auf Deine Haltung gegenüber den bewaffneten Streitkräften zurückzukommen: Glaubst Du nicht, daß die Pressezensur, die der maoistischen MRPP auferlegt wurde, die "demokratische Gesinnung" der Armee zweifelhaft erscheinen läßt?

Neves: Wir haben natürlich scharf dagegen protestiert.

VORAN: Habt Ihr konkret etwas dagegen unternommen ?

Neves: Nein. - Wir, die KP und die SP, sind weiterhin voll Vertrauen in die bewaffneten Streitkräfte.

VORAN: Obwohl Du Parallelen zwischen Chile und Portugal ablehnst - haben die beiden Arbeiterparteien bereits irgendwelche Initiativen gegenüber den einfachen Soldaten und Matrosen ergriffen, etwa im Hinblick auf eine gewerkschaftliche Organisierung ?

Neves: Eine solche Soldatenorganisation ist für uns nicht akut. Aber die Idee, die Ihr hier bringt, halte ich für interessant. Ich werde mal nachdenken.

VORAN: Zum Abschluß unseres Gesprächs - welche Zukunftsperspektiven habt Ihr für Portugal - international gesehen - besonders unter dem Aspekt der innenpolitischen Situation im benachbarten Spanien ?

Neves: Wir stehen im Kontakt mit den spanischen Genossen. Für sie ist es höchste Eisenbahn. Die Auswirkungen unserer Entwicklungen auf Spanien sind offensichtlich. Portugal ist ein Modell für Spanien. Die Leute hier wollen, kurz gesagt, eine Anpassung an den europäischen Standard, ihre Freiheit wiedergewinnen, sie wollen ein Stück Sozialismus. ***

Wir erreichen von Madrid aus über den Hauptgrenzübergang das freieste und zugleich ärmste Land Westeuropas. Einfach gekleidete Landbevölkerung - zu Fuß, per Moped oder Pferd und Esel - ein erster Eindruck vom Lebensstandard des Landes.

In der ersten Kleinstadt machen wir zwecks Devisenumtausch halt. Hier fallen sofort Marx/Engels/Lenin-Plakate mit Hammer und Sichel, Aufrufe zu Kundgebungen, überhaupt Plakate der linken Massen- und Splitterparteien an zahlreichen Häusern auf. Diese Plakate häufen sich, je näher wir an Lissabon herankommen.

Am Rande des Großraums Lissabon passieren wir Elendshütten. Deren Bewohner haben ihre armseligen Behausungen mit der Parole "Lange lebe die kommunistische Partei !" geschmückt.

Im Zentrum Lissabons sind viele Anzeichen für die erste Phase der sozialistischen Revolution zu sehen. Plakate, Parolen und Symbole an Häusern, Mauern und Denkmälern. Flugblätter werden verteilt, linke Zeitungen verkauft.

Am Hauptbahnhof treffen wir eine Gruppe junger Frauen. Sie verkaufen Solidaritätsemlen für die Arbeiter und Arbeiterinnen des US-Multikonzerns "Applied Magnetics". Ein portugiesischer Arbeiter erzählt uns in gebrochenem Deutsch, daß die Firmenleitung sich geweigert hat, die Löhne für Juli auszuzahlen

AUGENZEUGE



und ein Fünftel der Belegschaft entlassen hat. Die Aktion der Frauen findet eine starke Resonanz: die Spendensammlung ergibt einen ansehnlichen Streikfonds.

Donnerstagabend - Lissabon - Rossio-Platz. Am oberen Ende bildet sich eine Anhäufung von Menschen. Die maoistische MRPP hat 50 junge Studenten aufgeboden. "Tod den Faschisten" erklingt es aus ihren Kehlen.

Der massenmobilisierende Effekt bleibt aus. Die improvisierte Organisation der Kundgebung und die sektiererischen Parolen halten Arbeit

ter und Soldaten ab. Diese stehen skeptisch am Rande. Nach der offiziellen Kundgebung bilden sich spontan zahlreiche Diskussionsgruppen. Die Arbeiter - das merkt man ganz deutlich - diskutieren über die politische Zukunft. Sie stehen noch unentschlüssig herum - warten auf die politische Führung.

Wer die wirklichen Massenparteien der portugiesischen Arbeiterklasse sind, zeigt eine Großkundgebung, zu der die SP, die KP, die PPD (demokratische Volkspartei) und die MFA (Bewegung der bewaffneten Streitkräfte) aufgerufen haben. Zehntausende bewegen sich an diesem Sonntagnachmittag in einem langen Zug zur Av. Rio de Janeiro. Unter ihnen viele der Arbeiterparteien angehörende Gastarbeiter aus Frankreich und der BRD. Wir treffen einige in Dortmund und Bremen beschäftigte Portugiesen.

Immer wieder ertönen Parolen durch das Stadion. "Es leben die bewaffneten Streitkräfte !" rufen hauptsächlich die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Anhänger und Mitglieder der kommunistischen Partei. Erstaunlich viele Soldaten und Matrosen unter den Massen. Sie tragen Abzeichen von KP und SP, rote Nelken oder überparteiliche Slogans an ihren Hemden.

Unsere Gastarbeiter sehen die Lage etwas kritischer. "Die wollen doch nur Minister werden", sagen sie über ihre Parteiführung.....

Liebe Genossen !

Leider sehe ich mich gezwungen, meinen in "Vorant!" nr.4/5 auf Seite 19 abgedruckten Leserbrief (zu "SU heute") zu revidieren. Ich habe im zweiten Satz geschrieben, daß "ich mit Euch grundsätzlich übereinstimme". Diese Behauptung kann ich nicht mehr aufrecht erhalten.

In dem Artikel "Portugal: die sozialistische Revolution hat begonnen!" bezeichnet Ihr die Volksfront in Portugal als "Streikbrecher und Spalter der Arbeiterbewegung". Ihr degradiert Euch damit selber zu "Spaltern der Arbeiterbewegung" in der BRD und begehrt Euch auf eine Ebene mit der sektiererischen "KPD/ML", die in ihrem Organ "Roter Morgen" (Nr. 18/74) zur portugiesischen Volksfront erklärte: "Nur im Kampf gegen diese Verräter (womit die Volksfront gemeint ist) kann das Portugiesische Volk seine Freiheit erringen."

Auf Seite 16 in "Vorant!" Nr. 4/5 heißt es dann "In eigener Sache: Vorant! an seine Leser" zu Chile: "verursachten die Arbeiterführer... schließlich ein Chaos." Ihr verwendet damit ein Argument, das sowohl von den maoistischen Sekten in der BRD als auch von der Reaktion benutzt wird, um die Regierung Allende zu diskreditieren. Daß aber die chaotischen Zustände in Chile nicht durch das Unidad Popular Bündnis, sondern durch Sabotage- und Boykottmaßnahmen der chilenischen und internationalen Reaktion und des Monopolkapitals herbeigeführt wurde, haben selbst solche bürgerliche Zeitungen wie der "Stern" oder der "Spiegel" eingesehen, und ich habe bisher angenommen, das wäre Euch bekannt.

Es heißt außerdem in der jüngsten Ausgabe von "Vorant!" ebenfalls "In eigener Sache:..." : "Viele Genossen auch und gerade bei den Jusos müssen sich darüber klar werden, daß eine Volksfrontregierung stets mit einer Niederlage der Arbeiter enden muß."

Es läßt sich durch unzählige Beispiele nachweisen, daß diese Behauptung objektiv falsch ist. Die Erfahrungen der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung zeigen ganz eindeutig, daß die Arbeiterklasse nur dann etwas erreichen konnte und kann, wenn sich ihre Organisationen, kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische, zusammenschlossen und gemeinsam gegen Reaktion und Kapital gekämpft haben. Es ist 1933 nicht deswegen den Faschisten gelungen, die Staatsmacht in Deutschland an sich zu reißen, weil es eine Volksfront gab, sondern weil es die SPD abgelehnt hat, gemeinsam mit der KPD gegen den Faschismus vorzugehen, also weil es keine Volksfront gab. Und ein umgekehrtes Beispiel: Nur durch den Zusammenschluß von SPD und KPD zur SED war es so schnell und effektiv möglich, den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden zu errichten.

Mit sozialistischem Gruß
KH, Kassel

Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer eigenen Blockbrüder eingeengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen - dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.

Karl Kautsky, "Der Weg zur Macht", 1909.

LESERFORUM

schreib auch Du an VORAN!

Ein englischer Jungarbeiter und Jungsozialist berichtet VORAN! über seine Eindrücke und Erfahrungen während eines zweimonatigen Arbeitsaufenthaltes in Bremen:

Zuallererst war da die Wohnung - wenn man sie überhaupt so nennen will. Drei Mann und ihre Habseligkeiten in einem Raum 5 auf 5 Meter, drei Betten und Tische, gemeinsame Garderobe und Küche, keine Dusche und so weiter. Man kann sich drei englische Kerle vorstellen, wie sie in aller Eile ihr Frühstück auf zwei heißen Herdplatten zubereiten und essen und dann ihr Geschirr waschen - und das alles zu der goldenen Tageszeit um fünf Uhr morgens. Zum Glück verstanden wir drei uns sehr gut. All das kostete die königliche Summe von 270 DM pro Person und Monat. Es liegt auf der Hand, daß ich dieses Leben sehr bald satt wurde. Ich bemächtigte mich des Arbeitsvermittlers und sagte ihm, daß wir entweder von ihm eine neue Wohnung vermittelt bekämen oder sonst die Arbeit aufgeben würden. Er erzählte uns, was uns die Maklergebühren kosten würden. Wir sagten ihm: "Sie werden die Maklergebühren begleichen, nicht wir." Er rief London an, kam wohlwollend zurück und schließlich zogen wir in eine Wohnung um, in der uns für je 200 DM getrennte Zimmer mit Sofa als Liegebetten, gemeinsame Küche und Dusche außerhalb der Wohnung zur Verfügung standen.

Ich wußte gleich bei Vertragsabschluß, daß die Bedingungen hart sein würden. Deshalb war ich nicht allzu überrascht, daß wenn immer eine schmutzige Arbeit auftauchte, entweder ein Engländer oder ein Türke diese Arbeit übernehmen mußte. Mir fiel jedoch die Freundlichkeit und Sympathie der Deutschen auf. Wenn ich immer eine dreckige Beschäftigung hatte, kamen sie zu mir und halfen mir, wenn sie Zeit übrig hatten. - Die Arbeiter in aller Welt verbindet im Unterbewußtsein dieses gemeinsame Band der Solidarität und Kameradschaft und nur die Kapitalisten mit ihren vielfältigen Anhängern versuchen, rassistische und nationalistische Gedanken unter die Arbeiterklasse zu bringen.

Im Betrieb traf ich die Hälfte der Kollegen mit deformierten oder gar ganz abgetrennten Fingern und Daumen an. Dies kommt, so fand ich, von der Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen oder von unzureichenden Vorkehrungen selbst. Es liegt im Interesse der kapitalistischen Klasse, daß man schneller und risikoreicher arbeitet. Sicherheitsvorkehrungen kosten natürlich Geld - das bedeutet weniger Profite. Deshalb war ich überrascht, daß mich der Vertrauensmann aufsuchte und mir über einen Dolmetscher mitteilte, daß die Gewerkschaft für meinen ersten Arbeitsantrag aufkomme. Ich wußte schon, daß die Firma für mich meine Werkzeuge beschaffte. Da ich ein wenig über die "Mitbestimmung" wußte, fragte ich ihn, ob dies in Deutschland der Fall sei. Er antwortete "Ja, wir haben diese großartige Arbeiter-Mitbestimmung". Ich fragte ihn, wofür er zuständig sei, und er antwortete mir, für die Kantine und die Arbeitsbekleidung. So viel zur Mitbestimmung...

Einmal kam der kapitalistische Fabrikbesitzer in den Betrieb, um mit seinen Arbeitern zu reden und zu zeigen, was für ein netter Kerl er sei. Jeder Arbeiter eilte besonders geschäftig umher, um ja von einer eventuellen Entlassung verschont zu bleiben. Das zu den netten Kapitalisten.

Ich hörte von Fällen, wo Arbeiter gleich am ersten Tage nach ihrer Ankunft aus England wieder rausgeschmissen wurden. Ein junger Kerl aus Newcastle soll sogar nach einer Stunde wieder gefeuert worden sein - er mußte sich das Geld für die Rückfahrkarte von seinen Kumpels borgen.

Man mag sich fragen, warum die Werften Männer anfordern und sie gleich wieder entlassen. Ich glaube, daß sie damit für den geringen Betrag von 87 Mark die anderen Arbeiter einschüchtern, sie zum schneller Arbeiten veranlassen und somit jegliche kämpferische Stimmung unterdrücken.

In der Fabrik hatte jeder Arbeiter ein anderes Einkommen. Das ist ein verzweifelter Versuch der Kapitalisten, die Arbeiterklasse zu spalten und sollte meiner Ansicht nach bekämpft werden. Der Vorarbeiter verdient im besten Falle 9,50 DM pro Stunde. Die Firmenleitung verbietet uns Arbeitern, einander die Lohnsumme mitzuteilen.

In Bremen entdeckte ich ungeheuer viele Zeitungsverkäufer von ultralinken Sekten - wahrscheinlich mehr als sonstwo in der BRD. Die Aktivisten dieser Gruppen sind jedoch fast ausschließlich Studenten, Akademiker und kleinbürgerliche Typen. Ich weiß das, weil viele von ihnen Englisch sprachen und mir mitteilten, daß sie nichts von einer konsequenten Arbeit innerhalb der SPD als Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse hielten. Sie sagen entweder überheblich, daß sie Kommunisten seien und ich nichts als ein rechter Sozialdemokrat, der für den Sozialismus verloren sei, bevor sie mich überhaupt zu Wort kommen lassen, oder sie zitieren Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao und sagen, daß Trotzki, der Organisator der Roten Armee, ein Kapitalist wäre.

Die einzige Möglichkeit für Marxisten besteht darin, wie ich meine, in SPD und Jusos eine Alternative zu der unzulänglichen Politik der reformistischen Arbeiterführung aufzuzeigen. Wie wahr diese Einschätzung ist, das zeigen die britischen Jungsozialisten, die ein kämpfendes Beispiel für die Jugendorganisationen der internationalen Arbeiterbewegung darstellen.

Es kommt vor allem auf einen Forderungskatalog an, der sich auf die Alltagsprobleme bezieht. Die Jusos würden einem solchen Programm sicherlich eine breite Zustimmung geben. Obwohl der rechte SPD-Flügel recht kühn, überheblich und reaktionär ist, - aus diesem Grunde meiden alle Ultras die SPD - ist die Situation in der BRD von der in England vor 5 Jahren nicht grundsätzlich verschieden. Diese "Revolutionäre" scheinen Angst zu haben, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Aber wenn sie ihren Kampf gegen die Parteiführung und die reformistischen Ideen auf politischer Basis führen würden und nicht so plan- und perspektivlos, wirre und hysterisch, polemisch und sektiererisch sich verhalten würden, so könnten sie mit dazu beitragen, daß schon jetzt die kritischen Elemente in den Reihen der Arbeiterbewegung für den revolutionären Marxismus gewonnen würden und in Zukunft die Marxisten die Achtung und Unterstützung der breiten Massenbasis bekommen würden.

Wenn die Jusos echt marxistische Ideen vertreten würden und ein Programm für die Jungarbeiter hätten, dann würden sie zu einer kämpferischen proletarischen Organisation werden, die bei einer weiteren Entwicklung der Ereignisse auf die Revolution zu die führende, prägende Kraft bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft werden könnten.

von Roger Peel
(Jungsozialisten in
der Labour Party,
AG Stevenage, Graf-
schaft Hertfordsh.)

In eigener Sache

Wir, das Redaktionskollektiv "VORAN!", sehen uns angesichts der gegenwärtigen und von uns bereits vor einem Jahr vorausgesehenen Situation weiter verpflichtet, alle Kraft für den Aufbau von "VORAN!" zu einem starken Sprachrohr der kämpfenden Gewerkschaftler und der Linken in der SPD und bei den Jusos einzusetzen.

Gerade die interne Entwicklung bei den Jusos beweist die Notwendigkeit einer einflussreichen marxistischen Zeitung für die Jungsozialisten. Erneut zeigen sich unter einer breiten Schicht aktiver Jusos deutliche Tendenzen, die wir für höchst verhängnisvoll halten:

manche Genossen haben unter dem Druck der Parteirechten ihre sozialistische Zielsetzung aufgegeben und betreiben Wahlkampf nicht auf echt politischer und sozialistischer Grundlage, sondern rein defensiv. Zielrichtung der Juso-Polemik ist dabei oft das personelle Angebot der CDU/CSU (Strauß und Dregger), als ob die Union mit "liberaleren" Führern nicht genau so die Partei des Großkapitals wäre. Jusos an der Basis entfliehen in die Welt der Kinderspielplätze, Jugendhäuser und Grünanlagen, weil sie theoretisch und politisch keinen Ausweg erkennen können.

Bei vielen Genossen macht sich Resignation breit, die unter Umständen zu üblem Sekterertum und zur völligen Isolation von der Arbeiterklasse führen kann.

Die Basis der SPD wird - trotz Schmidt - von Tag zu Tag kritischer und aufgeschlossener für die Ursachen von Inflation, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Kluft zwischen den Mitgliedern unserer Partei und der rechten Führung wird zusehends größer, die SPD insgesamt ist somit etwas nach links gerückt und wird, wie wir annehmen, diesen Trend in den nächsten Jahren auf noch viel spektakulärerer und offensichtlicher Weise fortsetzen.

Gerade die Marxisten müssen in dieser Situation in den Ortsvereinen, Juso-Arbeitsgemeinschaften und Betriebsgruppen die einfachen SPD-Mitglieder und aktivsten Gewerkschaftler ansprechen und sie davon überzeugen, daß ein politischer Kampf zur Lösung der Krise notwendig ist, daß dieser Kampf nur über die SPD möglich ist, weil die zahlreichen kleinen Sektoren der Arbeiterklasse nichts anzubieten haben und daß durch einen starken Druck von der Basis die Führer von SPD und Gewerkschaft dazu gezwungen werden, eindeutig für oder gegen die Arbeiter Farbe zu bekennen.

Ein Genosse hat durch die Einbringung eines Antrages über die Landeskonferenz Baden-Württemberg das Erscheinen eines neuen Juso-Sonderheftes zum Thema "Chile - Lehren aus dem Putsch" erreicht.

Was der Bundesvorstand jedoch unter diesem Titel anbot, wird dem Antrag bei weitem nicht gerecht. Der Bundesvorstand hat zwar die Bezirke, nicht aber die Basis und die verschiedenen Strömungen der Jusos zur Teilnahme aufgerufen, so daß die Resonanz zwangsläufig schwach bleiben mußte.

Der einzige Artikel in diesem Heft, der sich wirklich mit der angesprochenen Problematik befaßt, ist nach unserer Auffassung in mancher Hinsicht unzulänglich:

Der Verfasser des Artikels weist darauf hin, daß nicht die Regierung Allende ihren eigenen Sturz verantwortet habe, sondern diejenigen, die "zuerst durch parlamentarische Obstruktionspolitik, dann durch systematisches Herbeiführen der Wirtschaftskrise, schließlich durch brutale Gewalt die Regierung Allende gestürzt haben".

Dies kommt einem moralischen Appell an die herrschende Klasse gleich. Aus der Geschichte wissen wir, daß die Bourgeoisie sich immer gewehrt hat, als versucht wurde, sie überhaupt anzutasten und ihr etwas wegzunehmen.

Nützt es uns etwas, wenn wir den Kapitalisten vorwerfen, daß sie sich mit allen Mitteln, auch mit brutaler Gewalt, wehren und sollen wir sie zum Aufgeben ihrer eigenen Gewalt, zu ihrer eigenen Entwaffnung aufrufen?

Sie wird sich kaum durch auch noch so erst gemeinte Appelle auf ein freiwilliges Herausgeben ihres Besitzes und ihrer Macht besinnen. Ihr ist kaum ein Vorwurf zu machen; sie wird auch in Zukunft so handeln, wie sie unzählige Male in der Geschichte gehandelt hat.

Wenn wir jemandem einen Vorwurf machen, dann denjenigen, die die Arbeiterbewegung anführen und alle Warnungen vor der zwangsläufigen Reaktion der herrschenden Klasse in den Wind schlagen, wie es der Genosse Allende und die chilenische KP taten.

In einem kapitalistischen Staat dient die Armee als ein Werkzeug der Kapitalisten. Es sind meistens die Angehörigen der obersten Schicht, welche die Schlüsselposition in der Armee einnehmen und ein ganzes Heer kommandieren. Jedoch wird die herrschende Klasse nie - von einigen Ausnahmen abgesehen - sich selbst mit der Waffe wehren.

Dazu kommandieren die Generale und Offiziere eine Menge einfacher Soldaten, die zumeist aus Arbeiterfamilien stammen. Wir müssen dem Genossen Allende den Vorwurf machen, daß er diesen Tatbestand zwar erkannt haben mag, jedoch die völlig falschen Konsequenzen gezogen hat und somit den Grundstein für seine Ermordung und die von 50 000 aktiven Kämpfern gelegt hat.

Das Juso-Heft stellt richtig fest, daß es "unter den Generälen Chiles nicht einen" gegeben habe, "der den Sozialisten oder Kommunisten nahestand". Dies ist nicht überraschend.

Allendes Reaktion darauf war, "durch ... materielle Gratifikation das Militär auf seine Seite hinüberzuziehen...", konkret: Er wollte die Generäle mit Geld für seine Unidad Popular gewinnen. Gerade dies war ein entscheidender und letzter Endes tödlicher Fehler.

Allende wollte das Problem durch Gratifikation der Armeespitze lösen, anstatt die Basis der Armee für seine Politik zu mobilisieren und den einfachen Soldaten und Matrosen, die ja kein Interesse am Morden ihrer Familien und Klassenbrüder haben können, demokratische Rechte zu gewähren.

Das Sonderheft wendet ein: "...daß die Arbeiter den Streitkräften militär-technisch immer unterlegen bleiben werden...".

So kann das Problem nicht angegangen werden. Man muß ganz konkret fragen: Wer kontrolliert

die militärisch-technischen Anlagen? Wer bedient die Waffen? Wer kommandiert die Armee? Kann ein so kleines Häuflein wie die herrschende Klasse überhaupt die militärisch-technischen Anlagen bedienen?

Sie wird es nie tun!

Wer aus Chile die Lehren lernt und einen möglichst gewaltlosen Übergang in den Sozialismus anstrebt, der muß schon jetzt die einfachen Soldaten und Wehrpflichtigen ansprechen, sie politisch organisieren und auf ihre zukünftige Rolle vorbereiten.

Sicherlich wird auch dies nicht reibungslos verlaufen. Wer jedoch nicht bereit ist, die Konsequenzen aus dem chilenischen Blutbad zu ziehen, der macht sich an einem neuen Blutbad in Zukunft schuldig.

SOLIDARITÄT

Als marxistisches Organ in SPD und Juso erachtet "VORAN!" es als eine Pflicht, sich grundsätzlich mit allen Genossen zu solidarisieren, die wegen kritischer Äußerungen in organisatorischen Konflikt mit der Parteiführung geraten. Deshalb stellen wir uns voll und ganz hinter den Genossen Siegmund Geiselberger gegen den Versuch, ihn aus unserer Partei zu entfernen.

Laut bürgerlicher Presse wird dem Genossen Geiselberger (ehemaliges Mitglied des Juso-Bundesvorstands und Münchener Stadtrat) folgendes angelastet:

Er forderte:

- o Aufhebung des Privateigentums am Boden
- o Beseitigung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln.
- o Sozialisierung der Arztpraxen und Vergesellschaftung der Großbetriebe
- o Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft

Er brachte zum Ausdruck:

- o Wenn die SPD eine Mehrheit haben soll, dann muß sie sich klar von der CDU/CSU unterscheiden
- o Bundesjustizminister Vogel darf nicht zum "Faschistenhelfer" und "Statthalter des Kapitals" werden.

Unsere Parteiführung kann die Krise des Kapitalismus nicht dadurch lösen, daß sie Sozialisten und Kritiker des Kapitalismus aus ihren Reihen ausschließt.

Wir fordern alle Genossen auf, in den Juso-Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirken und in den SPD-Ortsvereinen Resolutionen zu verabschieden, die unabhängig von der politischen Tendenz der einzelnen Genossen die einhellige Unterstützung für den Genossen Geiselberger und die Empörung über bürokratische Manöver der Parteiführung zum Ausdruck bringen!

Wir erwarten für die Zukunft, daß sich solche Maßnahmen seitens der Parteiführung häufen werden. Dem können wir nur dadurch begegnen, daß wir allen Versuchen dieser Art den entschlossenen Widerstand der Basis von SPD und Jusos entgegensetzen.

voran!

Erscheint seit Dezember 1973

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen

an: Kennwort VORAN

46 DORTMUND 1

Postlagerkarte

Nr. A 056998

Postscheckkonto 1801 68-500

Postscheckamt Köln

Verantwortlich: H. Thielmann
5 Köln 30

1974 ist das Jahr, in dem sich die Herausgabe des sogenannten "Prager Manifestes" zum 40. Male jährt. Der Prager Exilvorstand der SPD gab nämlich 1934 eine programmatische Erklärung ab, die sich in keiner SPD-offiziellen geschichtlichen Dokumentation finden läßt. Weshalb wird das Programm verschwiegen? Anders als das vor genau 15 Jahren entstandene Godesberger Grundsatzprogramm ist das Prager Manifest ein eindeutig antikapitalistisches Programm. Es entstand unter dem unmittelbaren Eindruck, daß sich das Großkapital mit den Faschisten verbündet hatte und weil die Führung von SPD und KPD versagte, Hitler an die Spitze des Staates gelangte. Dies bedeutete für die besten Kämpfer der Arbeiterklasse Ermordung, Inhaftierung und Ausbeutung in Konzentrationslagern, für die Masse der Arbeiter verschärfte Ausbeutung bei Illegalität von Gewerkschaften und Arbeiterparteien.

Der damalige Exil-Parteivorstand der SPD hat, wie das Programm zeigt, gewisse wichtige Konsequenzen aus der Niederlage der Arbeiterklasse von 1933 gezogen.

Er hat zwar nicht hundertprozentig mit der verhängnisvollen Politik der Partei vor 1933 gebrochen, er hat jedoch wichtige Erkenntnisse und Einsichten gewonnen.

Wir meinen, daß das Prager Manifest von unserer Parteiführung nicht so schamhaft versteckt werden sollte, weil es Passagen enthält, die im Hinblick auf die Arbeiterbewegung in Zukunft eine große Bedeutung haben und ganz klar die Fehler der Parteiführung in der Weimarer Republik revidieren. Wir wollen deshalb in dieser Ausgabe wichtige Abschnitte des Prager Manifestes nach 40 Jahren abdrucken.

Der Exilvorstand der Partei hatte erkannt, daß die Enteignung des Kapitals eine vorrangige Konsequenz aus der nationalsozialistischen Machtergreifung ist. Diese Konsequenz hat die SPD nach dem Kriege vergessen. Das Godesberger Programm drückt, obwohl es recht widersprüchliche Stellen enthält, klar aus, daß die SPD einen Burgfrieden mit Kapital geschlossen hatte.

Inzwischen zeigen sich nach fünfjähriger Regierungserfahrung klar die Grenzen einer sozialdemokratischen Reformpolitik, die das Kapital unangetastet läßt. Die gleichen Kräfte, die 1933 Hitler direkt unterstützten, sind noch immer in ihren Machtpositionen. Die Reformpolitik der SPD mußte zwangsläufig auf Grenzen stoßen, weil sie es unmittelbar nach dem Kriege versäumt hatte, die kapitalistischen Kräfte und alle ihre Anhängsel im Staatsapparat wirkungsvoll und endgültig zu entmachten.

Europa steht erneut vor einer stürmischen und kämpferischen Zukunft. Wenn die Sozialdemokratie aus der dunklen Vergangenheit lernen will, dann muß sie zunächst einmal jeglicher Form kapitalistischer Politik eine eindeutige Absage erteilen.

Mit diesem Abdrucken will "VORAN!" gleichzeitig eine Serie von Artikeln über die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung einleiten, weil wir glauben, daß diese über ein-hundertjährige Geschichte reich an Fehlern und Erfahrungen war, von denen wir als Teil der modernen Arbeiterbewegung lernen können.....

DAS PRAGER MANIFEST von 1934

KAMPF UND ZIEL DES REVOLUTIONÄREN SOZIALISMUS

Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt.Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keinen Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte.Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft.... Die Taktik bedient sich zum Sturz der Diktatur aller diesem Zweck dienenden Mittel...

Die Organisation ist das Werkzeug für den revolutionären Kampf. Welches sind seine Bedingungen, was ist sein Ziel?

Bedingungen und Ziele des Kampfes lassen sich nicht willkürlich bestimmen, sie erwachsen aus den sich zuspitzenden Gegensätzen der kapitalistischen Gesellschaft und aus den Tatsachen der nationalsozialistischen Gegenrevolution.

....Der Kampf um die Demokratie erweitert sich so zum Kampf um die völlige Niederringung der nationalsozialistischen Staatsmacht. Dieser Kampf ist nur ein revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht.

Er wird sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation ausgenutzt werden von einer entschlossenen, von radikalem Kampfgeist durchseelten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus. Er kann nur erwachsen aus der Tat der Massen selbst.....

eine Elite von Revolutionären....

DIE EINHEIT DES REVOLUTIONÄREN SOZIALISMUS

Mit dem Sieg des totalen Staates ist die Frage seiner Überwindung mit grausamer Eindeutigkeit gestellt: Die Antwort lautet: totale Revolution, moralische, geistige, politische und soziale Revolution.

Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Anhänger der zahllosen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär.

DIE AUSÜBUNG DER MACHT

Diese Art der Eroberung der Macht bestimmt die Art ihrer Ausübung.Der revolutionären Regierung obliegt deshalb die sofortige Durchführung entscheidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners. Wir fordern:

-
- o Reinigung der Bürokratie, sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen.
- o Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation.

strie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.

Die sozialistische Wirtschaftsorganisation beseitigt die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Sie überwindet damit die Wirtschaftskrisen und die Arbeitslosigkeit. An die Stelle des kapitalistischen Profitstrebens tritt das Streben nach Deckung eines sich stets steigenden Bedarfs.

Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.

Die Führung der deutschen Sozialdemokraten weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen. Wie sie die illegale Arbeit aller Gruppen, die den Kampf gegen die Diktatur und nicht gegen andere Parteien der Arbeiterklasse führen, zu unterstützen bereit ist, so öffnet sie ihre Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen allen Diskussionen über die Probleme des revolutionären Sozialismus., der Machteroberung und der Machtbehauptung in der Überzeugung, daß nur aus gemeinsamer geistiger Arbeit die Verwirklichung des einheitlichen revolutionären sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse entstehen kann.

....Wir wollen nicht leben ohne Freiheit, und wir werden sie erobern. Freiheit ohne Klassenherrschaft, Freiheit bis zur völligen Aufhebung aller Ausbeutung und aller Herrschaft von Menschen über Menschen.

....Durch Freiheit zum Sozialismus, durch Sozialismus zur Freiheit. Es lebe die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, es lebe die Internationale!

Der Vorstand
der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

SPD 1934:

**REVOLUTIONÄRER
KAMPF!
EROBERUNG DER
GANZEN
STAATSMACHT!**

Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger, Das erfordert:

- o Sofortige entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer
- o Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie
- o Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen

DIE REVOLUTION DER WIRTSCHAFT

Aufgabe der Arbeiterschaft im neuen Staat ist die Anwendung der errungenen Staatsmacht zur Durchführung der sozialistischen Organisation der Wirtschaft. Die Vergesellschaftung der Schwerindu-